

USA «Plan B» bei Scheitern der Strategie im Irak im Spätsommer erwartet

Die «Rebellen» bedrängen Bush

George W. Bush blickt mit Sorge auf die schwindende Unterstützung im eigenen Lager für seine Irak-Politik. Bei einem Treffen warnten ihn Abgeordnete, ihre Geduld sei nicht grenzenlos.

Thomas Spang, Washington

Die 30 republikanischen «Rebellen» kommen aus New York, Pennsylvania, Minnesota, Missouri oder Virginia und teilen alle eine Erfahrung: die Sorge um ihre Wiederwahl als Kongressabgeordnete in Wahlbezirken, in denen sich Demokraten und Republikaner traditionell die Waage halten. Zum Beispiel der Republikaner Thomas Davis aus dem Norden Virginias. Ein alter Hase im Repräsentantenhaus. Der hört von seinen Wählern daheim Tag für Tag, in Irak dürfe es so nicht weitergehen. Die Zustimmungswerte Bushs sanken in Teilen seines Wahlbezirks auf ganze fünf Prozent. Und mit der Durchhaltepolitik in Irak kann Davis hier keinen Blumentopf mehr gewinnen.

Genau das legte der wackere Abgeordnete dem Präsidenten während des eineinhalbstündigen Treffens im Weissen Haus dar. Verbunden mit dem Hinweis, er, Bush, habe in Sachen Irak an der Basis jede Glaubwürdigkeit verloren. «Es gab kein Zurückhalten», beschreibt auch der Abgeordnete Ray LaHood die Diskussion mit einem Präsidenten, der im Ruf steht, die Augen zu weilen vor der Realität zu schliessen. «Wir haben ihm gesagt, wie die Amerikaner über den Krieg denken», führt der Repräsentant aus Illinois aus. Die unmissverständliche Warnung der Entsandten der so genannten Dienstags-Gruppe an den Präsidenten: Die Zeit für eine erfolgreiche Wende in Irak läuft ab.

Kein Vergleich mit Watergate

«Das war nicht der Marsch auf Nixon», weist Bushs Sprecher Tony Snow den Vergleich mit den Entwicklungen in der Watergate-Affäre zurück. Damals zogen republikanische Abgeordnete ins Weisse Haus, um den bedrängten Präsidenten Richard Nixon zum Rücktritt zu bewegen. So dramatisch sei es nicht gewesen, spielt Snow den Inhalt des ungewöhnlichen Treffens herunter. Womit er nach Einschätzung von Kongress-Beobachtern vermutlich Recht hat. Denn

noch halten die Moderaten Bush in der Auseinandersetzung um das Kriegsfinanzierungsgesetz die Stange. Sie wollten am Donnerstag einen Entwurf der Demokraten im Repräsentantenhaus ablehnen, der eine Finanzierung der Truppen in zwei Stufen und strengen Vorgaben erlaubte.

Insider auf dem Capitol Hill gehen jedoch davon aus, dass Bush nur noch bis zum Ende des Sommers Zeit hat, Erfolge in Irak vorzuweisen. Das signalisierten auch der Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus, John A. Boehner, der die Delegation der Moderaten ins Weisse Haus begleitete, und sein Kollege im Senat, Mitch McConnell. «Ich denke, wir werden bald eine unterschiedliche Strategie in Irak sehen», meinte McConnell mit Blick auf die geringen Fortschritte seit Beginn der Truppenaufstockung in Irak. «Die Amerikaner schauen sich das an und sehen keinen Erfolg.»

Cheney warnt in Bagdad

Während eines Überraschungsbesuchs in Bagdad warnte Vizepräsident Dick Cheney seine Gesprächspartner, die Geduld der amerikanischen Öffentlichkeit laufe aus. Die irakische Regierung müsse mehr für die Sicherheit im Land tun, die Öleinnahmen gerecht verteilen



John A. Boehner.

und zu einem Ausgleich zwischen den Volksgruppen kommen. «Ich glaube, wir machen Fortschritte, aber haben noch einen langen Weg zurückzulegen», äusserte sich Cheney nach dem Treffen mit Ministerpräsident Nuri al-Maliki und anderen Vertretern der Regierung.

In Washington bestätigte der republikanische «Rebell» Davis derweil Spekulationen über einen «Plan B», der greifen soll, wenn der Umschwung nicht gelingt. Bush habe ihm versichert, es gebe einen solchen Plan. Darüber werde nur nicht gesprochen, um die gegenwärtige Strategie nicht zu untergraben. Am Ende sei die Suche nach einer Rückzugsstrategie unvermeidbar, fasst Davis die Stimmung bei den Moderaten seiner Partei zusammen. «Wir müssen einen Weg finden, den Sieg zu erklären und dort zu verschwinden.»

Armenien Ein tiefer Graben zwischen Politik und Gesellschaft prägt die Parlamentswahlen

Die Stärke der Regierung ist die Opposition

Die Wahlen in Armenien am morgigen Samstag werden als Test für die Demokratie propagiert. Das Vertrauen in die Politik ist aber angekratzt.

Christian Weisflog, Moskau

Kein zweites Land der Welt trägt wohl ein ähnlich grosses Kreuz wie das kleine Armenien. Die christliche Gebirgsrepublik im Südkaukasus wird im Osten und Westen von zwei muslimisch-türkischen Staaten, der Türkei und Aserbaidschan, flankiert. Mit beiden Nachbarn liegt Armenien im Streit und hält die Grenzen zu ihnen geschlossen. Im Westen, weil Ankara sich weigert, die opferreichen Deportationen von Armeniern durch das Osmanische Reich 1915 als Völkermord anzuerkennen. Im Osten, weil der Konflikt um die in Aserbaidschan gelegene armenische Enklave Berg-Karabach noch immer nicht gelöst ist. Seit dem Kriegsende 1994 hält die armenische Armee rund ein Fünftel des aserbaidschanischen

Staatsgebiets besetzt. Die ungelösten Konflikte führen das Land in eine zunehmende Isolation, die den derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung gefährden könnte. Von ihm profitieren allerdings momentan nur wenige, die Mehrheit der rund drei Millionen Einwohner verharrt in bitterer Armut. Es leben mehr Armenier im Ausland als in der Heimat.

Angeichts der vielen Probleme wären die anstehenden Parlamentswahlen eine gute Gelegenheit, die Weichen für die Zukunft neu zu stellen. Insbesondere auch, weil 2008 die zweite und letzte Amtszeit des Präsidenten Robert Kotscharjan ausläuft. Doch im Wahlkampf sind in Armenien gerade die heiklen Themen ein heisses Eisen, an dem sich weder die Regierungskoalition noch die Opposition die Hände verbrennen möchte. So musste etwa Kotscharjans Vorgänger 1998 abtreten, weil er bereit war, in der Karabach-Frage gegenüber Aserbaidschan Kompromisse zu machen. Kotscharjan selbst war bis 1997 Präsident der selbst erklärten Republik Berg-Karabach. Heute kontrolliert der «Karabach-Klan» die wichtigsten Machtinstrumente: Armee, Polizei und Sicherheitsdienste.

Für die herrschende Klasse steht bei

den Parlamentswahlen viel auf dem Spiel: Einerseits geht es um eine gute Ausgangslage für Kotscharjans Kronprinz bei den kommenden Präsidentschaftswahlen. Andererseits müssen sich die Regierenden als eifrige Demokratielehrlinge erweisen. Europa und insbesondere die USA machen ihre zukünftigen Unterstützungsgelder davon abhängig. Die Mission Machterhalt wird der Regierung wohl gelingen: Die Republikanische Partei von Premierminister Sersch Sarkissjan liegt in den Umfragen mit 34 Prozent ganz vorne. Sarkissjan ist ein langjähriger Weggefährte des Präsidenten und gilt als aussichtsreichster Kandidat auf seine Nachfolge. Mit 32 Prozent folgt dicht dahinter die regierungstreue Partei Gedeihendes Armenien des Oligarchen Gagik Zarakjan.

Wer findet die Unterschiede?

Demokratische Fortschritte zeichnen sich bisher jedoch kaum ab. Im Gegenzug zur Aufnahme in den Europarat 2001 war Armenien gezwungen, durch Verfassungsreformen die Rolle des Parlaments zu stärken. Doch ohne politischen Willen bleiben diese Neuerungen vermutlich toter Buchstabe. So schreibt

die OSZE-Beobachtermission in ihrem Zwischenbericht zum Wahlkampf etwa: «Landesweite Medien konzentrierten sich überwiegend auf die Aktivitäten der Regierung oder präsidententreuer Kräfte.» Bei Attentaten auf Politiker und Parteieinrichtungen kamen im April zudem mehrere Menschen ums Leben.

Derweil haben die Armenier den Glauben an die Demokratie und das Vertrauen in die Politik fast ganz verloren. Umfragen zeichnen das Bild einer zutiefst unzufriedenen Bevölkerung. Die Opposition vermag dies bisher jedoch nicht auszunutzen: «Die Stärke der aktuellen Regierung ist die Opposition», heisst es in Armenien. Die Kritiker der Regierung sind zerstritten und in viele kleine Parteien zersplittert, die kaum die Fünf-Prozent-Hürde meistern werden. Ein Witz geht derzeit um: «Wem es gelingt, in den Programmen der 22 konkurrierenden Parteien fünf Unterschiede zu finden, dem sollte ein Preis verliehen werden.» Der armenische Soziologe Gevorg Poghosjan meint dazu: «Die Wähler verstehen, dass die Versprechen sehr selten verwirklicht werden, deshalb ziehen sie es vor, den Moment zu nutzen und ihre Stimme zu verkaufen.»

Steuerstreit

Grünes Licht für Mandat

Die 27 EU-Staaten werden das Mandat der EU-Kommission für Verhandlungen im Steuerstreit mit der Schweiz demnächst verabschieden. Die EU-Botschafter gaben am Donnerstag grünes Licht. Eine Diskussion dazu ist auf Ministeriebene nicht mehr vorgesehen. Gemäss Angaben aus Sitzungskreisen unterstützen 24 EU-Staaten das Begehren der EU-Kommission, mit Bern zu verhandeln. Drei Staaten – Belgien, Luxemburg und Lettland – enthielten sich der Stimme. Die EU-Kommission hatte Mitte Februar in einem einseitigen Beschluss festgestellt, die kantonalen Steuerprivilegien für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften seien nicht vereinbar mit dem bilateralen Freihandelsabkommen. Gleichzeitig verlangte sie von den EU-Staaten ein Mandat, um mit der Schweiz zu verhandeln. (sda)

In Kürze

Ramos-Horta wird Präsident

Dili. Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta hat bei den Präsidentenwahlen in Osttimor einen überwältigenden Sieg errungen. Nach Auszählung von 90 Prozent der Stimmen erzielte der amtierende Premierminister 73 Prozent der Stimmen. Dies sagte eine Sprecherin der Wahlkommission. Das Ergebnis nach Auszählung aller Stimmen wurde am Freitag erwartet. (dpa)

Gespannte Atmosphäre

São Paulo. Papst Benedikt XVI. hat sich in Brasilien mit Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva getroffen. Über den Inhalt des Gesprächs wurde nichts bekannt. Sprecher der Zentralregierung in Brasilia hatten allerdings kurz vor dem Treffen die Sorge geäussert, der Papst könne das umstrittene Thema «Abtreibung» zur Sprache bringen. Lula hatte sich jüngst für eine Lockerung des Abtreibungsrechts in Brasilien ausgesprochen. Brasiliens Gesundheitsminister José Temporo kritisierte die Haltung Benedikts bei der eventuellen Exkommunikation von Pro-Abtreibungs-Politikern als «unangebracht». (dpa)

Beginn der Verhandlungen

Prag. Tschechien hat am Donnerstag mit den USA offiziell Verhandlungen über eine Beteiligung des Landes an dem umstrittenen US-Raketenabwehrsystem in Osteuropa aufgenommen. Bei einem Treffen im Verteidigungsministerium in Prag sprachen Militärexperten beider Seiten über die Errichtung einer US-Radaranlage in Böhmen. Über eine Stationierung muss das Parlament in Prag entscheiden. Der tschechische Aussenminister Karel Schwarzenberg will an diesem Freitag in Berlin für das kritisierte Abwehrsystem werben. (dpa)